

POSTULAT von Beat Stiefel (SVP, Egg), Thomas Maier (GLP, Dübendorf) und Michael Welz (EDU, Oberembrach)

betreffend Dezentrale Infrastruktur für Polizei und Justiz

Der Kantonsrat hat mit der Ablehnung der Vorlage 4681a den Kredit für den Neubau des PJZ abgelehnt. Dennoch sind in der Strafverfolgung, Strafuntersuchung und im Strafvollzug Massnahmen und Investitionen nötig. Der Regierungsrat wird deshalb eingeladen Szenarien aufzuzeigen, wie in den kantonseigenen, bestehenden oder zu ergänzenden Objekten das reibungslose und effiziente Funktionieren der erwähnten Behörden sichergestellt werden kann.

Beat Stiefel
Thomas Maier
Michael Welz

Begründung:

Mit der Ablehnung der Vorlage 4681a ist der Neubau des PJZ obsolet. Es ist andererseits aber offensichtlich, dass in verschiedenen Bereichen der Strafverfolgung, der Strafuntersuchung und im Strafvollzug ein Nachholbedarf an Investitionen besteht und Provisorien abgelöst werden müssen.

Der Regierungsrat soll aufgrund der veränderten Ausgangslage in Szenarien aufzeigen, welche Massnahmen (Investitionsplanung) in welcher Reihenfolge (Priorisierung) ergriffen werden sollen, um die effiziente Arbeit dieser Behörden auch weiterhin zu gewährleisten. Dabei soll aufgezeigt werden, welche bisher belegten Objekte weiterbelegt, umgenutzt oder zur weiteren Verwendung zur Verfügung gestellt und welche neuen Flächen zu welchen Zwecken zur Verfügung stehen oder neu beschafft werden sollen (Flächenbilanz).